

## **Große Anfrage**

**der Abgeordneten Marlene Mortler, Peter H. Carstensen (Nordstrand), Albert Deß, Gerda Hasselfeldt, Peter Bleser, Gitta Connemann, Helmut Heiderich, Uda Carmen Freia Heller, Ursula Heinen, Dr. Peter Jahr, Julia Klöckner, Bernhard Schulte-Drüggelte, Kurt Segner, Jochen Borchert, Cajus Caesar, Hubert Deittert, Thomas Dörflinger, Dr. Maria Flachsbarth, Susanne Jaffke, Volker Kauder, Heinrich-Wilhelm Ronsöhr, Dr. Klaus Rose, Norbert Schindler, Georg Schirmbeck, Max Straubinger, Volkmar Uwe Vogel und der Fraktion der CDU/CSU**

### **Situation des Ökologischen Landbaus in Deutschland**

Laut dem Agrarbericht der Bundesregierung wurden im Jahr 1995 1,6 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche ökologisch bewirtschaftet. Bis zum Ende des Jahres 2001 hat sich der Anteil auf 3,7 Prozent erhöht, was 3,3 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe ausmacht.

Der Ökologische Landbau konnte bisher noch nicht über ein Nischendasein hinauskommen, obwohl gerade dieses Landwirtschaftsmodell von der Bundesregierung favorisiert und mit umfangreichen Programmen unterstützt wird. Bis zum Jahr 2010 sollen demnach 20 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche ökologisch bewirtschaftet werden.

Um diese 20 Prozent zu erreichen, wurde auch das Biosiegel eingeführt, mit dem einheitlich, alle nach der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 des Rates vom 24. Juni 1991 über den ökologischen Landbau und die entsprechende Kennzeichnung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Lebensmittel (EG-Öko-Verordnung) erzeugten Produkte gekennzeichnet werden können. Nach den anfänglich hohen Wachstumsraten im Ökologischen Landbau sind nun die Erzeuger unter Preisdruck geraten und können kaum noch kostendeckend produzieren. Besonders schwierig ist die Situation für Betriebe, die sich auf die ökologische Milchproduktion spezialisiert haben. Demgegenüber nimmt das Angebot von ökologisch erzeugten Nahrungsmitteln in den jeweiligen Einkaufsstätten stetig zu. Die harte Konkurrenz aus dem Ausland macht den heimischen Biobauern schwer zu schaffen. Besonders der Lebensmitteleinzelhandel hat mit Eigenmarken für ökologisch erzeugte Produkte in den letzten Jahren Umsatzzuwächse verzeichnen können. Eigenmarken des Lebensmitteleinzelhandels bringen eine zunehmende Austauschbarkeit und entsprechende Probleme für die Ökobauern in Deutschland mit sich. Wegen der Diskrepanz zwischen dem wachsenden Umsatz mit ökologischen Lebensmitteln im Einzelhandel auf der einen und den sinkenden Erzeugerpreisen auf der anderen Seite, stellt sich die Frage, ob die Bundesregierung zur Realisierung ihrer Ziele die richtigen Maßnahmen gewählt hat. Nur ein ausgewogenes Verhältnis von Angebot und Nachfrage kann langfristig den Ökologischen Landbau in Deutschland etablieren.

Entscheidend ist letztendlich, dass die ökologisch wirtschaftenden Betriebe auf eine gesunde ökonomische Basis gestellt sind. Die erhöhten Lohn- und Produktionskosten müssen durch höhere Produktpreise ausgeglichen werden, zurzeit ist dies nur unzureichend der Fall. Angesichts der wirtschaftlichen Probleme der ökologischen Erzeuger in Deutschland ist stark zu bezweifeln, dass im Jahr 2010 zwanzig Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche ökologisch bewirtschaftet wird und die Bundesregierung die gesteckten Ziele erreicht.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie hat sich der Umsatz von Ökoprodukten seit dem Jahr 2000 entwickelt?
2. Wie entwickelte sich der Umsatz dabei in den einzelnen Einkaufsstätten (u. a. Direktvermarkter, Lebensmitteleinzelhandel und Naturkostgeschäfte) ab dem Jahr 2000 bis heute?
3. Wie haben sich die Marktanteile der verschiedenen Einkaufsstätten am ökologischen Lebensmittelmarkt in Deutschland seit dem Jahr 2000 entwickelt?
4. Welche Information liegen der Bundesregierung bezüglich Umsatz und Marktanteilsentwicklung von Ökoprodukten in Abhängigkeit von den verwendeten Produktsiegeln vor?
5. Welchen Marktanteil hatten die ausländischen Anbieter von Ökoprodukten in Deutschland ab dem Jahr 2000?
6. Welche Preisentwicklung hatten Ökoprodukte im Lebensmitteleinzelhandel ab dem Jahr 2000, und wie verliefen parallel dazu die Erzeugerpreise?
7. Welche Quellen liegen den Angaben der Bundesregierung zugrunde?
8. Gibt es nach Einschätzung der Bundesregierung eine Möglichkeit zu einer stärkeren horizontalen und vertikalen Zusammenarbeit zwischen Erzeugern, Verarbeitungsindustrie und Handelsunternehmen auf dem Markt für ökologische Lebensmittel, und können daraus Kostenvorteile entstehen?
9. Wie hat sich die Struktur der Ökobetriebe seit dem Jahr 2000 bis heute entwickelt:
  - a) nach der Anzahl der Betriebe,
  - b) nach den Betriebsgrößen,
  - c) nach den Betriebsausrichtungen?
10. In welchen Bereichen sieht die Bundesregierung die größten Probleme auf dem Ökomarkt für inländische Erzeuger?
11. Wo liegen die Gründe für den vergleichsweise geringen Produktionsanteil ökologisch gehaltener Schweine und Geflügel in Deutschland?
12. Wie sieht die durchschnittliche Betriebsstruktur von Betrieben mit der Ausrichtung auf Schweinehaltung nach Öko-Kriterien in alten und neuen Bundesländern aus?
13. Inwiefern unterscheiden sich die Produktionsstandards und -kosten von ökologisch erzeugtem Schweinefleisch in Abhängigkeit von den verwendeten Produktsiegeln?
14. Wo sieht die Bundesregierung die Gründe für die Wettbewerbsunterschiede zwischen deutschen Erzeugern von Schweinefleisch, das nach der EG-Öko-Verordnung produziert wird, und ausländischen Anbietern, die auf Basis derselben Verordnung produzieren?

15. Wird die Bundesregierung Maßnahmen ergreifen, um den Produktionsanteil von nach Öko-Richtlinien erzeugten Schweinen zu erhöhen?  
Wenn ja, welche?  
Wenn nein, warum nicht?
16. Welche Auswirkungen haben nach Auffassung der Bundesregierung nationale Kampagnen zur Steigerung des Ökologischen Landbaus in anderen EU-Ländern auf die deutschen Erzeuger?
17. Wie begründet die Bundesregierung das Verbot der synthetisch hergestellten Aminosäure Methionin nach der EG-Öko-Verordnung, obwohl deren Ökobilanz deutlich positiver ausfällt als herkömmliches erlaubtes Sojafuttermittel?
18. Wo sieht die Bundesregierung die Ursache dafür, dass nur ein geringer Anteil von ökologisch produziertem Fleisch bzw. Milch über Direktvermarkter verkauft wird?
19. Hält die Bundesregierung die Anwendung der Standards von Großbetrieben auf kleinere Vermarktungseinheiten generell für sinnvoll, und wie ist in diesem Zusammenhang die Anstellung eines Metzgers auf einem Betrieb als Voraussetzung für die Schlachtung und Direktvermarktung von Fleisch gerechtfertigt?
20. Wo liegen nach Ansicht der Bundesregierung die Gründe dafür, dass der Anteil von nach Öko-Richtlinien produziertem Fleisch und Käse, der über die Direktvermarktung abgesetzt wird, in Frankreich wesentlich höher ist als in Deutschland?
21. Hält die Bundesregierung das Ziel, den Direktvermarktungsanteil von Fleisch- und Milchprodukten, die nach Öko-Richtlinien produziert werden, zu erhöhen, für erstrebenswert, und wenn ja, welche Maßnahmen könnten diesbezüglich in Erwägung gezogen werden?
22. Entspricht es den Zielen der EG-Öko-Verordnung, dass nach einer neuen Interpretation der Rechtslage viele Gastronomiebetriebe und Großküchen, wie das Studentenwerk Frankfurt, auf eine Auslobung von „Bio-Menüs“ auf der Speisekarte verzichten, da sie nun den selben Kontrollverfahren unterliegen wie die Verarbeitungsbetriebe ökologischer Produkte?
23. Wo liegen die Probleme der Gastronomiebetriebe und Großküchen bei der Einhaltung dieser Kontrollverfahren?
24. Aus welchen Gründen gibt es bei der Auslobung von „Bio-Menüs“ auf der Speisekarte bei Gastronomiebetrieben und Großküchen zurzeit noch kein spezifisches Kontrollkonzept?
25. Wo liegen nach Ansicht der Bundesregierung die Gründe dafür, dass in der letzten Zeit eine große Menge an ökologisch produzierter Milch konventionell vermarktet wurde?
26. Wird, nach Einschätzung der Bundesregierung, der niedrige Preis für Milch, die nach Öko-Richtlinien produziert wird, in absehbarer Zeit zu einer verstärkten Aufgabe von Biomilchbetrieben führen, da sie nicht mehr kostendeckend produzieren können?
27. Wie erklärt sich die Bundesregierung, dass es in Nordrhein-Westfalen derzeit keinen ökologisch wirtschaftenden Vorzugsmilchproduzenten mehr gibt?
28. Wie stellt sich die Situation der Vorzugsmilchproduzenten in anderen Bundesländern dar?

29. Stimmt es, dass trotz des Überangebots an deutscher Biomilch und trotz des niedrigen Marktpreises in Deutschland, Lebensmitteleinzelhandelsketten, große Mengen an Biomilch von Molkereien beziehen, die ihre Rohstoffe nur zum Teil in Deutschland beziehen, und wenn ja, wo liegen die Ursachen für die Absatzvorteile ausländischer Erzeuger?
30. Welche Auswirkungen wird die dänische Exportkampagne für Milch, die nach Öko-Richtlinien produziert wird, auf deutsche Biomilcherzeuger haben?
31. Wo liegen nach Ansicht der Bundesregierung die Gründe für die Wettbewerbsunterschiede zwischen den deutschen und dänischen bzw. österreichischen Biomilcherzeugern, die nach der EG-Öko-Verordnung produzieren?
32. Sieht die Bundesregierung Maßnahmen vor, die die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der deutschen Biomilchproduzenten verbessern, und wenn ja, welche?
33. Würden die Umsetzung des Vorschlags der EU-Kommission zur Ausweitung der Milchquote und die damit verbundenen weiteren Preissenkungen angesichts der aktuellen schwierigen Situation zu einem Wegfall der Biomilchproduktion führen, wie es von vielen Seiten befürchtet wird?
34. Wie entwickelte sich der durchschnittliche Erzeugerpreis für ökologische Getreideproduzenten in den letzten Jahren?
35. Inwieweit war für die Bundesregierung der Wegfall früherer EU-Importländer für Ökogetreide absehbar, da diese Länder hohe Wachstumsraten im Ökologischen Landbau aufgewiesen haben und nun selbst umfangreich nach Deutschland exportieren können?
36. Liegen der Bundesregierung Zahlen vor, wie viel ökologisch produzierte Ware aus den EU-Beitrittsstaaten importiert wird, und ist sichergestellt, dass das Kontrollsystem in den EU-Beitrittsstaaten dem deutschen Kontrollsystem entspricht?
37. Wie beurteilt die Bundesregierung das Potential der osteuropäischen Beitrittsstaaten auf dem europäischen Markt für ökologisch erzeugtes Getreide der nächsten Jahre?
38. Bestehen nach Einschätzung der Bundesregierung Risiken für den Ökologischen Landbau durch Auskreuzung, Vermischung und unbeabsichtigte Verunreinigungen von gentechnisch veränderten Pflanzen, und wenn ja, welche?
39. Wo liegen nach Ansicht der Bundesregierung die Vor- und Nachteile einer europäischen und einer nationalen Regelung der Koexistenz von Ackerbau mit und ohne gentechnisch veränderten Pflanzen, und welche Art der Regelung wird von der Bundesregierung favorisiert?
40. Welche Absichten verfolgt die Bundesregierung im Bereich der Regelungen von
  - a) angepassten pflanzenbaulichen Maßnahmen,
  - b) gentechnikfreien Zonen,
  - c) Kennzeichnungsschwellenwerten für Futter-, Lebensmittel und Saatgut, um ein konfliktfreies Nebeneinander von Gentechnik anwendender und gentechnikfreier Landwirtschaft und die Wahlfreiheit der Verbraucher zu gewährleisten?

41. Welche Position vertritt die Bundesregierung bezüglich der Haftungsfrage bei durch unbeabsichtigter Verunreinigung mit gentechnisch verändertem Material entstandenen Vermarktungsverlusten, und wie bewertet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Einrichtung eines Haftungsfonds auf deutscher oder europäischer Ebene?
42. Wie hat sich das Gesamtbudget, mit dem die Bundesregierung die Ökolandwirtschaft unterstützt, ab dem Jahr 2000 entwickelt?
43. Welchen Anteil davon hatten die Kampagnen, die für das Biosiegel durchgeführt wurden?
44. Wo sieht die Bundesregierung qualitative Unterschiede zwischen konventionellen und ökologischen Lebensmitteln?
45. Werden nach Ansicht der Bundesregierung diese evtl. vorhandenen Unterschiede vom Verbraucher wahrgenommen und entsprechend honoriert?
46. Wie schätzt die Bundesregierung die Aussage in einer aktuell veröffentlichten Studie des Senats der Bundesforschungsanstalten im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) ein, dass ökologisch produzierte Nahrungsmittel generell nicht gesünder sind als konventionell erzeugte Produkte?
47. Wie beurteilt die Bundesregierung die Feststellung dieser Studie, dass auch ökologisch erzeugte Nahrungsmittel nicht frei von Rückständen sind?
48. Weist nach Ansicht der Bundesregierung der Ökologische Landbau bezüglich seiner Auswirkungen auf den Treibhauseffekt eine bessere Bilanz auf als die Produktionsformen der konventionellen Landwirtschaft?
49. Ist es richtig, dass es laut der in Frage 46 genannten Studie keine ernährungsphysiologische Vorteile von ökologisch erzeugtem gegenüber konventionell hergestelltem Nahrungsmittel gibt?
50. Welche Unterschiede bestehen zwischen ökologischen und konventionellen Produktionsverfahren hinsichtlich des Energieeinsatzes bezogen auf die jeweiligen landwirtschaftlichen Endprodukte (Fleisch, Milch und Getreide)?
51. Wie rechtfertigt die Bundesregierung die staatliche Förderung des Biosiegels bzw. wo bestehen die Vorteile eines staatlich organisierten Siegels gegenüber einem privatem?
52. Hält es die Bundesregierung für gerechtfertigt, dass die Bereitstellung des Biosiegels an sich kostenfrei ist, währenddessen für konventionelle Gütezeichen nach dem Absatzförderungsgesetz Kosten für die Landwirte entstehen?
53. Hält die Bundesregierung die freiwillige Registrierung auf der Produktdatenbank im Rahmen des Bundesprogrammes Ökologischer Landbau für ausreichend, um ein angemessenes Informationsangebot für die Verbraucher zu gewährleisten?
54. Wie hat sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe verändert, die
  - a) von konventionelle auf ökologische Landwirtschaft umgestellt haben und auf Basis der EG-Öko-Verordnung wirtschaften,
  - b) vormals nach Kriterien von ökologischen Erzeugerverbänden produziert haben und nun ausschließlich nach den Prinzipien der EG-Öko-Verordnung wirtschaften,
  - c) von ökologischer auf konventionelle Landwirtschaft „rückumgestellt“ haben?

55. Wie groß ist der Anteil der Produkte, die das Biosiegel seit seiner Einführung neu bekommen haben und bei denen das staatliche Biosiegel mit einem bereits bestehenden Erzeugerverbandssiegel kombiniert wurde?
56. Gibt es Gründe, die dagegen sprechen, in Zukunft das Erzeugerland auf dem Biosiegel anzugeben?
57. Gibt es in Deutschland ein Biosiegel, das auf die regionale Herkunft hinweist?
58. Entspricht das deutsche Biosiegel sämtlichen Anforderungen des EU-Wettbewerbsrechts?  
Wenn nein, warum nicht?
59. Wäre es nach Ansicht der Bundesregierung sinnvoll im Rahmen des Bundesprogramms Ökologischer Landbau, Maßnahmen zur Regionalvermarktung stärker zu unterstützen?
60. Gibt es Qualitätsunterschiede von Ökoprodukten, die innerhalb eines ökologischen Anbauverbands produziert werden, gegenüber Produkten, die das Biosiegel tragen?
61. Haben die Erzeuger, die nach EG-Öko-Standard produzieren, Kostenvorteile gegenüber Produzenten, die Mitglieder in ökologischen Erzeugerverbänden sind?
62. Ist es richtig, dass die ökologischen Erzeugerverbände tendenziell von verbandsunabhängigen Produzenten verdrängt werden?
63. Verfügte die Bundesregierung 2001 über genügend Marktinformationen bezüglich ökologisch erzeugter Produkte, um die Auswirkungen ihrer Politik ausreichend abschätzen zu können?
64. Was ist der Hauptgrund, weshalb viele Verbraucher zwar die Absicht geäußert haben, vermehrt Ökoprodukte zu kaufen, es aber noch nicht getan haben?
65. Hält die Bundesregierung, angesichts des offensichtlichen Unterschiedes zwischen geäußerter Kaufabsicht und der realen Kaufentscheidung, Marktbefragungen für das richtige Mittel, Politik zu gestalten und zu begründen?
66. Ist der Angebotsüberhang auf einigen Sektoren des Ökomarktes auf zu einseitiger Angebotsstimulierung zurückzuführen?
67. Welche Forschungsprojekträger sind in den letzten drei Jahren von der Bundesregierung im Bereich des Ökologischen Landbaus beauftragt worden, und wie hoch waren dabei die jeweiligen Projektbudgets?
68. Nach welchen Kriterien wählt die Bundesregierung die Forschungsinstitute aus, die zur Evaluierung der Programme des Ökologischen Landbaus beauftragt werden?
69. Welche Umsatz- und Gewinnaussichten müssen für die ökologisch wirtschaftenden Betriebe gegeben sein, damit bis 2010 das Ziel der Bundesregierung erreicht wird, dass 20 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche ökologisch bewirtschaftet wird?
70. Plant die Bundesregierung weitere Initiativen zur Erhöhung der EU-Standards bezüglich der ökologischen Landwirtschaft, und wenn ja, welche?
71. Wie schätzt die Bundesregierung das Gefährdungspotenzial für das Grundwasser durch Stickstoff- und Phosphoreinträge, sowie die Gefährdung der Luft durch Ammoniak-Emissionen bei der Auslaufhaltung von Hühnern ein?

72. Hält die Bundesregierung an ihrem Ziel fest, dass bis zum Jahr 2010 20 Prozent der deutschen landwirtschaftlichen Nutzfläche ökologisch bewirtschaftet werden sollen, und hält sie das Erreichen dieses Zieles noch für realistisch, da innerhalb von 7 Jahren der Anteil um ungefähr 16 Prozent erhöht werden müsste?

Berlin, den 1. Juli 2003

**Marlene Mortler**  
**Peter H. Carstensen (Nordstrand)**  
**Albert Deß**  
**Gerda Hasselfeldt**  
**Peter Bleser**  
**Gitta Connemann**  
**Helmut Heiderich**  
**Uda Carmen Freia Heller**  
**Ursula Heinen**  
**Dr. Peter Jahr**  
**Julia Klöckner**  
**Bernhard Schulte-Drüggelte**  
**Kurt Segner**  
**Jochen Borchert**  
**Cajus Caesar**  
**Hubert Deittert**  
**Thomas Dörflinger**  
**Dr. Maria Flachsbarth**  
**Susanne Jaffke**  
**Volker Kauder**  
**Heinrich-Wilhelm Ronsöhr**  
**Dr. Klaus Rose**  
**Norbert Schindler**  
**Georg Schirmbeck**  
**Max Straubinger**  
**Volkmar Uwe Vogel**  
**Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion**

